

Gut, daß es
sie gibt!



Gewerkschaft der Polizei

Nr. 2 - Mainz, den 13.1.2012

GdP-Vorstand bei Minister Lewentz

Klartext des Ministers: Bei allem Verständnis, die „Schuldenbremse wird angezogen“!

Ein Ministergespräch der GdP unter derart schwierigen Bedingungen hat es selten gegeben +++ Die GdP hat klar erklärt, was sie für falsch hält +++ Minister Lewentz hält mit der Begründung 'Schuldenbremse' dagegen +++ Beschäftigte in Schifferstadt genießen Rationalisierungsschutz +++ Zu Details der Kripo-Organisation wurden Erörterungen mit der Polizeiabteilung vereinbart +++ Für die „organische“ Umsetzung der organisatorischen und personellen Maßnahmen prüft der Minister die GdP-Vorschläge +++ Das Thema „Fachkarriere“ kommt auf die Agenda +++ Das Gewaltpotenzial von Rockerbanden hat das ISIM im Focus.

1



Engagierter Sachvortrag seitens der GdP-Delegation

In der Frage der Bewertung von Wichtigkeit und Effektivität der auf Bestreben der GdP eingerichteten Arbeitsgruppe 6 – Aufgabenkritik waren sich Minister Lewentz und GdP-Chef Ernst Scharbach einig. Darüber hinaus überwogen die Konfliktpunkte.

Bereitschaftspolizei: Schließung von Schifferstadt beschlossene Sache

Dies gilt auch für die Schließung des Bepo-Standortes Schifferstadt, die Lewentz mit der erheblichen (perspektivischen) Einsparung von ca. einer halben Mio. € p.a. begründete. Er habe zu prüfen gehabt, ob Koblenz oder Schifferstadt geschlossen werde. Wegen des „Hinterlandes“, das in Koblenz abzudecken sei, sei die Auswahl auf Schifferstadt gefallen. Für die von Helmut Knerr vorgetragene Sachargumente gegen eine Schließung zeigten Lewentz und Staatssekretärin Raab lediglich Verständnis. Raab wies darauf hin, dass es für die Folgevermarktung der Liegenschaft in Schifferstadt bereits positive Signale gebe. Für die Tarifbeschäftigten am Standort sicherte der Minister in jedem Einzelfall den von der GdP geforderten Rationalisierungsschutz zu. Helmut Knerr kündigte andauernden Widerstand an und zeigte sich auch mit dem Konzept zur Sicherung der Unterkünfte nicht einverstanden. Hier sollen die Kosten von 1,2 Mio. € p.a. durch den Einsatzmix von rund 30 PolizistInnen / tariflich Beschäftigten der Bepo und privaten Sicherheitskräften halbiert werden.

Die GdP wendet sich gegen das hessische Prinzip der Kleiderkonten. Vor der Übernahme dieser Verfahrensweise warnen die Gewerkschaftskolleginnen und Kollegen anderer Länder. Das Ministerium stehe bereits in konkreten Verhandlungen, teilte Joachim Laux, Leiter der Polizeiabteilung, mit. Es werde penibel geprüft, ob sich tatsächlich Einsparungen erzielen ließen. Die Zusammenarbeit mit anderen Ländern böten Einsparpotenziale. Helmut Knerr bezweifelt die Einsparungen: „Unser System ist besser!“

2

Kriminalpolizei: Alles entschieden. GdP fordert „organische“ Übergänge.

Der Minister machte ohne Umschweife klar, dass an den vorgesehenen Bündelungen von Kommissariaten nicht mehr gerüttelt werde und hielt auch nicht mit der Absicht hinter dem Berg, dass es um die Verringerung von nach A 13 bewerteten Stellen gehe. Bernd Becker hielt dem entgegen, dass die Wertigkeit und Komplexität der Arbeit die Bewertung begründe, nicht etwa die Anzahl der zu führenden Mitarbeiter. Becker kritisierte die Bündelungen als zu weit gehend und stellte die Einspareffekte komplett in Frage. Seine Forderung an den Minister, mit der GdP in Gespräche über die Schaffung der Möglichkeit von „Fachkarrieren“ zu sprechen, stieß auf dessen Zustimmung: "Fachliche Qualifikationen müssen auch eine Anerkennung durch Beförderungsmöglichkeiten finden!"

Über die Ausgestaltung der Gemeinsamen Fahndung, des geplanten K/17 sowie über bisher unerwähnte Sachgebiete im neuen K/15 und andere Details wurden Folgeerörterungen mit der Polizeiabteilung vereinbart. Dies gilt aus GdP-Sicht ebenso für die Erhaltung dezentraler Strukturen bei Vermögensabschöpfung und DV-Ermittlung.

Heinz Werner Gabler und Bernd Becker setzten sich intensiv dafür ein, bei der Umsetzung der geplanten Maßnahmen keinen unnötigen Schaden anzurichten. Es könne nicht bei der bloßen Anweisung bleiben, dass die gebündelten Kommissariatsleiter-Stellen auszu-schreiben seien. Die GdP fordert vielmehr einen „organischen“ Übergang, bei dem mit einem realistischen Zeitziel die ohnehin stattfindende Fluktuation genutzt werden könne.

„Warum soll ein Kommissariatsleiter, der anderthalb Jahre vor der Ruhestandsversetzung steht, jetzt noch abgelöst und tief enttäuscht werden?“, fragt die GdP beispielhaft. Gabler warnte vor dem immensen Aufwand, sollten alle Führungsfunktionen in der Kriminalpolizei neu ausgeschrieben werden: "Wir sollten besser Verbrecher fangen, statt uns mit uns selbst zu beschäftigen!" Minister Lewentz fand den Vorschlag interessant und prüfenswert. Die GdP wird ihre Vorstellungen zu dem Thema konkret nachreichen.

Grünes Licht für Neubau in Koblenz?

Ernst Scharbach stellte klar, dass die GdP die Schließungen der PAST'en Fernthal und Wattenheim sowie die Auflösung der Verkehrsdirektion Ludwigshafen für falsch hält. Als positiv konnte Staatssekretärin Heike Raab in diesem Kontext vermelden, dass tags zuvor aus dem Finanzministerium grünes Licht für den Grundstückskauf am Koblenzer Kreuz gekommen sei. Die GdP-Vorstellung, dort ein neues Schieß- und Einsatzzentrum mit vorzusehen, werde – so die Staatssekretärin – auch vom Ministerium geprüft. Ernst Scharbach warnte davor, dass in Mendig und Emmelshausen die Übergangslösung zum Dauerzustand mutieren könnte. Die Zustimmung der GdP zur Auflösung der PAST Kaisersesch und künftig von Mendig und Emmelshausen war unmittelbar an den Neubau der PAST am Kreuz Koblenz gekoppelt.

Bei der Diskussion um die Aufgabe von PI- und Wachenstandorten äußerte die GdP-Delegation Verständnis für die Situation der Präsidenten, blieb aber klar bei der Auffassung, dass die Schließung von Dienststellen keine Zustimmung finde. Die GdP wehre sich grundsätzlich gegen den Rückzug der Polizei aus der Fläche. Allerdings sei die GdP bereit über neue Arbeitsweisen konstruktiv mit zu diskutieren. Die GdP habe eigene Vorstellungen entwickelt, wie mit der Situation umgegangen werden könne. Joachim Laux verwies darauf, dass die Vorschläge der GdP hinsichtlich einzusetzender Technik nicht ohne Investitionen zu verwirklichen seien. "

3

Gewalt durch Rockergruppen

Ernst Scharbach machte die Sorge der GdP über zunehmende Gewalt durch Rockergruppen deutlich. Vor dem Hintergrund des BGH-Urteils zur Tötung eines SEK-Kollegen durch einen Hells Angel sei zu befürchten, dass Rockergruppen „die Herrschaft über die Straße“ eroberten. Es wurde spürbar, dass sowohl für Minister Lewentz als auch für Inspekteur Werner Blatt dieses Thema von hoher Bedeutung ist. Sie verwiesen auf umfangreiche Maßnahmen und zeigten sich dankbar für die Hinweise. Werner Blatt: "Das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte ist und bleibt ein Schwerpunkt unserer Arbeit!" Die Probleme wurden umfassend erörtert und weitere Gespräche vereinbart - Details eignen sich nicht zur Veröffentlichung.